


Jahresbericht 2021

Rechenschaftsbericht des Vorstands

SPOTLIGHT
on Sustainable Development 2021



**Demanding
justice
beyond rhetoric**

Time to overcome contradictions and hypocrisy in the COVID-19 crisis

Global Civil Society Report on the 2030 Agenda and the SDGs

**Globale
Impfgerechtigkeit**

Schlüssel zur Überwindung der COVID-19-Pandemie



GPF
Global Policy Forum

AUF ZU EINEM UN-TREATY!
**DER UN-PROZESS FÜR WELTWEIT VERBINDLICHE
REGELN ZU WIRTSCHAFT UND MENSCHENRECHTEN**



Photo: Victor Barró, Amigos de la Tierra

Impressum

Jahresbericht 2021

Rechenschaftsbericht des Vorstands

Herausgeber

Global Policy Forum Europe

Königstr. 37a

53115 Bonn

Tel. 0228 96 50 510

europe@globalpolicy.org

www.globalpolicy.org

Kontakt

Jens Martens (Geschäftsführender Vorstand)

Layout

www.kalinski.media

Bonn, Juni 2022

Inhalt

I. Überblick	4
II. Arbeitsschwerpunkte 2021	6
1. Zukunftsgerechte Entwicklung, Agenda 2030 und SDGs	6
2. Finanzierung nachhaltiger Entwicklung	11
3. Unternehmenseinfluss, Wirtschaft und Menschenrechte	17
III. Öffentlichkeitsarbeit und Kommunikation	21
IV. Finanzbericht 2020	23
V. Daten und Fakten	26
1. Vorstand und Mitarbeiter*innen 2021	26
2. Veröffentlichungen	27
3. Chronologie der GPF-Aktivitäten	29
4. GPF im Internet	31

I. Überblick

Die Arbeit des Global Policy Forum Europe (GPF) war auch im Jahr 2021 in hohem Maße von der COVID-19-Pandemie und ihren sozio-ökonomischen Auswirkungen geprägt. Zunächst schienen im Laufe des Jahres 2021 die schlimmsten Folgen überstanden zu sein. Aber dann trafen immer neue Wellen der Pandemie gerade Länder des globalen Südens, und dabei vor allem solche, die ohnehin nur über geschwächte öffentliche Gesundheitssysteme verfügen und die im brutalen Wettlauf um Corona-Impfstoffe gegenüber den reichen Ländern den Kürzeren gezogen haben. Die ungleiche Verteilung von Impfstoffen war ein besonders eklatantes Beispiel für die Auswirkungen der „enormen Unterschiede der Chancen, des Reichtums und der Macht“, die die Regierungen bereits in der Agenda 2030 als „immense Herausforderung für nachhaltige Entwicklung“ bezeichnet hatten. Ohne die Überwindung dieser Disparitäten wird weder die COVID-19-Pandemie dauerhaft bewältigt noch werden die Nachhaltigkeitsziele der Agenda 2030, die SDGs, verwirklicht. Darauf hat GPF im Laufe des Jahres 2021 in zahlreichen Publikationen und Veranstaltungen aufmerksam gemacht.

Gleichzeitig haben wir uns im Rahmen unserer Arbeiten mit den finanziellen Folgen der Pandemie befasst. Durch die weltweite Rezession gerieten zahlreiche Länder des globalen Südens in eine neue Schuldenkrise. Sie wurde noch dadurch verstärkt, dass finanzielle Hilfen oft nur in Form von Krediten erfolgten. Als Reaktion auf die Notlage hat der Internationale Währungsfonds (IWF) im August 2021 Sonderziehungsrechte (SZR) im Wert von 650 Milliarden US-Dollar an seine Mitgliedsstaaten ausgeschüttet – die quantitativ bedeutendste Reaktion einer multilateralen Organisation auf die Coronakrise. GPF hat diese Entwicklungen in verschiedenen Publikationen und Stellungnahmen analysiert und bewertet. Dies geschah zumeist im Verbund mit unseren Partnerorganisationen in Deutschland und weltweit.

Schließlich bildete die Auseinandersetzung mit dem Einfluss der Wirtschaft auf deutsche und internationale Politikprozesse weiterhin einen Schwer-

punkt unserer Arbeit. Dies geschah im Jahr 2021 hauptsächlich mit Blick auf das trotz des massiven Widerstands der Unternehmensverbände im Juni 2021 verabschiedete deutsche Lieferkettengesetz. Ein wichtiger Aspekt war für uns dabei die Geschlechtergerechtigkeit. Weiterhin haben wir uns auch 2021 in mehreren Publikationen und Veranstaltungen mit den UN-Verhandlungen über ein verbindliches Abkommen zum Thema Wirtschaft und Menschenrechte („Treaty-Prozess“) befasst.

Wichtig ist dabei unsere Mitarbeit in der Treaty Alliance, einem weltweiten Zusammenschluss von mehreren hundert zivilgesellschaftlichen Gruppen, die sich für ein internationales Abkommen zur Verankerung der menschenrechtlichen Pflichten von Unternehmen einsetzen. GPF koordiniert die Zusammenarbeit der deutschen Mitglieder der Treaty Alliance und engagiert sich im deutschen CorA-Netzwerk für Unternehmensverantwortung. Daneben unterstützen wir seit 2019 auch die Initiative Lieferkettengesetz (<https://lieferketten-gesetz.de/>).

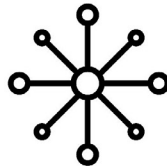
Seit 2018 sind wir auch Mitglied im Geneva Global Health Hub, einem Zusammenschluss zivilgesellschaftlicher Organisationen, der die Arbeit der Weltgesundheitsorganisation (WHO) kritisch unter die Lupe nimmt und sich für eine demokratische globale Gesundheits-Governance einsetzt (<http://g2h2.org/>). In Deutschland arbeiten wir seit 2020 in der Deutschen Plattform für Globale Gesundheit mit (<https://www.plattformglobale-gesundheit.de/>).

Auch in den anderen Programmbereichen spielt das Engagement in zivilgesellschaftlichen Bündnissen und Netzwerken für GPF eine wichtige Rolle. Dazu zählt auf internationaler Ebene die Reflection Group on the 2030 Agenda for Sustainable Development, eine Allianz von mehreren internationalen zivilgesellschaftlichen Gruppen und Netzwerken (Arab NGO Network for Development, Centre for Economic and Social Rights, Development Alternatives with Women for a New Era, Public Services International, Social Watch, Society

for International Development, Third World Network, Friedrich-Ebert-Stiftung u.a.). Im Bereich der Entwicklungsfinanzierung sind wir in der Civil Society Financing for Development (FFD) Group

und im europäischen Netzwerk Eurodad aktiv. Außerdem arbeiten wir weiterhin im deutschen Netzwerk Steuergerechtigkeit sowie in der Global Alliance for Tax Justice mit.

GPF und GPF Europe spielen eine aktive Rolle in zivilgesellschaftlichen Netzwerken und Bündnissen. Zu ihnen gehören u.a.:



II. Arbeitsschwerpunkte 2021

1. Zukunftsgerechte Entwicklung, Agenda 2030 und SDGs

Überblick

Die Auswirkungen der Corona-Pandemie prägten auch im Jahr 2021 die Arbeit von GPF zur Agenda 2030 und den globalen Zielen für nachhaltige Entwicklung (SDGs). Auf internationaler Ebene geschah dies in erster Linie im Rahmen der von GPF koordinierten Reflection Group on the 2030 Agenda for Sustainable Development. Treffen der Gruppe konnten ebenso wie die Tagungen der Vereinten Nationen nur online stattfinden. Dies galt auch für das High-level Political Forum der UN im Juli 2021. Der intensive inhaltliche Austausch mit unseren Partnerorganisationen, wie er in den Jahren vor der Pandemie insbesondere in der Reflection Group erfolgte, wurde dadurch erheblich erschwert.

In Deutschland beteiligten wir uns weiterhin aktiv an den Debatten über die SDG-Umsetzung im Rahmen von Diskussions- und Vortragsveranstaltungen, von Hintergrundgesprächen mit politischen Entscheidungsträger*innen und Journalist*innen sowie durch mehrere Publikationen. GPF-Mitarbeiter*innen waren vielgefragte Referent*innen von der Bundes- bis zur kommunalen Ebene über den Stand der SDG-Umsetzung, die globalen Auswirkungen der Pandemie und die Bedeutung der Agenda 2030 für Städte und Gemeinden.



Unsere Projekte

GPF hat sich 2021 in mehreren Projekten auf deutscher und internationaler Ebene mit der Agenda 2030 und den SDGs befasst.

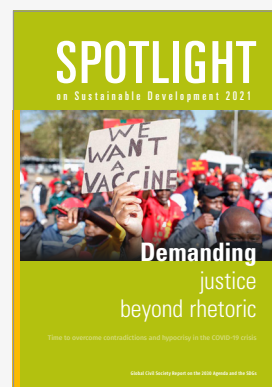
In Deutschland haben wir mit unserem Projekt **Weichenstellung 2020** Schlüsselthemen der Agenda 2030 bearbeitet. Unterstützt wurde das Projekt von der Stiftung Umwelt und Entwicklung Nordrhein-Westfalen und von Engagement Global. Im Rahmen des Projektes veröffentlichten wir eine Reihe von Briefing Papers und einen ausführlichen Report zum Thema *Globale Impfgerechtigkeit* (erschienen im Februar 2022).

Außerdem führten wir in zahlreichen deutschen Städten Vortragsveranstaltungen zur Agenda 2030 und den SDGs durch. Dabei ging es u.a. um die Frage, welche Rolle die Kommunen bei der Umsetzung der Agenda und ihrer Ziele spielen können. Schließlich führten wir das Informationsportal www.2030agenda.de



fort. Im Jahr 2021 hat sich die Zahl der Besuche mit **97.244** und der Seitenansichten mit **173.451** gegenüber dem Vorjahr mehr als verdoppelt.

Auf internationaler Ebene haben wir unser Kooperationsprojekt im Rahmen der **Reflection Group on the 2030 Agenda for Sustainable Development** fortgesetzt, in der wir u. a. mit Social Watch, dem Third World Network, DAWN, Public Services International, dem Center for Economic and Social Rights und dem Arab NGO Network for Development zusammenarbeiten. Unterstützt wird diese Arbeit von der Friedrich-Ebert-Stiftung. Im Rahmen dieses Projektes haben wir 2021 einen zivilgesellschaftlichen Schattenbericht zur Umsetzung der Agenda 2030 produziert (*Spotlight on Sustainable Development 2021*). Auch bei ihm standen die globale Impfgerechtigkeit und die ungleichen weltweiten Reaktionen auf die Coronakrise im Mittelpunkt. Der Spotlight Report wurde überwiegend in elektronischer Form auf der speziellen Website <https://www.2030spotlight.org> verbreitet. Dort haben wir auch ein zusätzliches Briefing Paper zu den Diskussionen in der Weltgesundheitsorganisation (WHO) über einen Pandemic Treaty veröffentlicht.



Dieser Arbeitsbereich wird federführend von **Jens Martens** betreut.

10 Punkte für globale Impfgerechtigkeit und Pandemieprävention

von Jens Martens¹

Die Welt taumelt von einer Pandemiewelle in die nächste. Die Omikron-Variante des SARS-CoV-2-Virus verbreitete sich in Windeseile um den Erdball und führte zu immer neuen Höchstständen bei den globalen Infektionszahlen.

Bis Ende 2021 hat die Zahl der verabreichten Corona-Impfdosen weltweit neun Milliarden erreicht – im rechnerischen Durchschnitt hätte damit jeder Mensch auf der Erde mindestens einmal geimpft werden können. Die Realität sieht anders aus: Während in den Ländern mit hohem Einkommen über 70 Prozent der Bevölkerung vollständig geimpft waren, waren es nach den offiziellen Statistiken in den Ländern mit niedrigem Einkommen gerade einmal 4,3 Prozent.

Das von der Weltgesundheitsorganisation (WHO) proklamierte Ziel, in jedem Land der Erde bis

Ende 2021 mindestens 40 Prozent der Bevölkerung gegen COVID-19 geimpft zu haben, wurde in über 80 Ländern verfehlt. Es besteht die Gefahr, dass in vielen Ländern auch das Ziel verfehlt wird, bis Mitte 2022 eine 70-prozentige Impfquote zu erreichen. Das gilt für fast den gesamten afrikanischen Kontinent.

Einige Pharmafirmen verzeichneten infolge der Pandemie Spitzenumsätze und Rekordgewinne. Allein die Marktführer Pfizer und BioNTech erwirtschafteten 2021 einen Nettogewinn von insgesamt mehr als 30 Milliarden US-Dollar.

Die WHO und die globale Impfkampagne blieben dagegen dramatisch unterfinanziert.

Infolge der mangelnden Unterstützung für den COVID-19 Technologie-Pool (C-TAP) und der

¹ Auszug aus: Globale Impfgerechtigkeit - Schlüssel zur Überwindung der COVID-19-Pandemie (<https://www.globalpolicy.org/de/publication/globale-impfgerechtigkeit>), online veröffentlicht auf dem Portal für Politikwissenschaften (<https://www.pw-portal.de/die-agenda-2030-in-deutschland/41334-zehn-punkte-fuer-globale-impfgerechtigkeit-und-pandemiepraevention>).

Weigerung der EU und anderer, den Patentschutz für COVID-19-relevante Impfstoffe, Medikamente und medizinische Geräte vorübergehend aufzuheben, ging viel wertvolle Zeit verloren, um Produktionskapazitäten in den Ländern des globalen Südens auszubauen.

Aber solange sich immer neue Varianten des SARS-CoV-2-Virus bilden und weitere Wellen der Pandemie die Welt erschüttern, ist die Krise nicht überwunden. Kurzfristig ist es daher weiterhin die dringendste Aufgabe, die globale Impfkampagne weltweit zu beschleunigen. Über die notwendigen Sofortmaßnahmen hinaus sind aber weitergehende Schritte notwendig, um künftigen Pandemien vorzubeugen, anderen gefährlichen Gesundheitsrisiken wie antimikrobiellen Resistenzen wirksam zu begegnen und öffentliche Gesundheitssysteme insgesamt zu stärken. Diese Schritte sollten auf dem One-Health-Ansatz aufbauen, der für ein ganzheitliches Verständnis von Gesundheit steht und das Zusammenspiel der Gesundheit von Mensch, Tier und Umwelt in den Blick nimmt.

Die folgenden 10 Punkte sind besonders relevant, um auf dem Weg zu globaler Impfgerechtigkeit und wirksamer Pandemieprävention Fortschritte zu erzielen. Sie sind auch ein notwendiger Beitrag zur Verwirklichung des Gesundheitsziels der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung (SDG 3). Die Empfehlungen richten sich primär an die deutsche Politik, für die im Rahmen der EU und der WHO sowie der deutschen G7-Präsidentschaft 2022 besondere Handlungs- und Einflussmöglichkeiten bestehen.

1. Lokale Produktionskapazitäten im globalen Süden steigern:

Um kontinuierlich Impfstoffe für mindestens 70 Prozent der Weltbevölkerung zu produzieren und zugleich die Abhängigkeit der Länder des globalen Südens von den westlichen Pharmafirmen zu reduzieren, müssen verstärkt lokale Produktionskapazitäten und leistungsfähige regionale Vertriebssysteme auf- bzw. ausgebaut werden. Länder des globalen Südens müssen dabei durch Technologietransfer und Anschubfinanzierungen im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit (EZ) unterstützt werden.

2. COVID-19 Technologie-Pool (C-TAP) und regionale mRNA-Hubs unterstützen:

Der von der WHO gegründete COVID-19 Technologie-Pool C-TAP hätte das Potential, eine Plattform für Entwickler von COVID-19-Therapeutika, -Diagnostika, -Impfstoffen und anderen Gesundheitsprodukten zu bieten, um ihr Wissen mit anderen Produzenten zu teilen. Regionale Technologietransfer-Hubs, wie der erste afrikanische mRNA-Hub in Südafrika, können eine ähnlich wichtige Funktion haben. Die Bundesregierung sollte C-TAP und den Aufbau regionaler mRNA-Hubs und ähnlicher Initiativen zur Förderung des Technologietransfers aktiv unterstützen.

3. TRIPS Waiver:

Patentschutz für COVID-19-relevante Impfstoffe, Medikamente und medizinische Geräte vorübergehend aufheben: Wäre die Initiative von Südafrika und Indien in der WTO nicht seit Oktober 2020 blockiert worden, hätten mittlerweile mehr Firmen im globalen Süden mit der Impfstoffproduktion beginnen können. Menschenleben hätten so gerettet werden können. Der TRIPS Waiver allein ist keine Lösung, aber er ist eine notwendige Voraussetzung, um Technologietransfer zu erleichtern und Produktionskapazitäten im globalen Süden rasch auszuweiten. Das gilt nicht nur für Impfstoffe, sondern auch für COVID-19-Medikamente und andere medizinische Produkte. Die Bundesregierung sollte ihre Opposition gegen den TRIPS Waiver daher umgehend aufgeben und die Initiative von Indien und Südafrika aktiv unterstützen.

4. Patentsystem für Medikamente grundsätzlich reformieren:

Die internationalen Regelungen zum Schutz geistigen Eigentums mit Blick auf unentbehrliche Arzneimittel sollten grundsätzlich auf den Prüfstand gestellt werden. Medikamente, die der Verwirklichung des Menschenrechts auf Gesundheit dienen, sollten generell als globale öffentliche Güter betrachtet werden, statt ihre Produktion und Preisbildung der Marktlogik oder dem monopolistischen Marktverhalten weniger Anbieter zu unterwerfen. Das gilt insbesondere dann, wenn, wie im Falle der COVID-19-Impfstoffe, die Forschung und Ent-

wicklung mit Milliarden öffentlicher Gelder gefördert wurde.

5. Transparenz bei Arzneimittelkosten und Lieferverträgen erhöhen:

Um feststellen zu können, ob Pharmafirmen einen „fairen Preis“ für ihre Produkte erheben, sind verlässliche Informationen über die tatsächlichen Kosten von Forschung, Entwicklung, Produktion und Vertrieb unerlässlich. Die Weltgesundheitsversammlung hatte bereits im Mai 2019 mit der Resolution zur „Verbesserung der Transparenz der Märkte für Arzneimittel, Impfstoffe und andere Gesundheitsprodukte“ einen ersten wichtigen Schritt in diese Richtung vollzogen, auf den nun weitere folgen müssen. Die Bundesregierung und die Europäische Kommission sollten darüber hinaus ihre Verträge mit den Impfstoffherstellern vollständig veröffentlichen, um auf diese Weise die ausgehandelten Preise und Konditionen gegenüber der Öffentlichkeit transparent zu machen.

6. Öffentliche Fördergelder für medizinische Forschung und Entwicklung an Bereitschaft zum Technologietransfer und zu fairen Preisen knüpfen:

Die Vergabe öffentlicher Fördergelder an Pharmafirmen und Forschungseinrichtungen sollte in transparenter Weise erfolgen und an konkrete Bedingungen geknüpft sein. Dazu zählen z.B. verbindliche Verpflichtungen zum Teilen der Forschungs- und Entwicklungsergebnisse durch die Teilnahme an Technologiepools wie C-TAP, die Vergabe offener, nicht-exklusiver und ggf. gebührenfreier Lizenzen sowie Regeln zur transparenten und fairen Preissetzung, um Wucherpreise für lebensnotwendige Medikamente und Impfstoffe zu verhindern.

7. ACT-Accelerator einschließlich COVAX ausreichend finanzieren:

COVAX bleibt trotz seiner Defizite gegenwärtig der wichtigste Mechanismus zur Finanzierung und Verteilung von COVID-19-Impfstoffen für die 92 ärmeren Länder des globalen Südens (AMC-Länder). Dazu benötigt COVAX, wie auch die anderen Säulen des ACT-Accelerators (Diagnostika, The-

rapeutika und Gesundheitssysteme), ausreichende Finanzmittel. Für den 12-Monatszeitraum bis September 2022 ist der Finanzbedarf für ACT-A in Höhe von insgesamt 23,4 Milliarden US-Dollar bei weitem noch nicht gedeckt. Parallel dazu müssen die Governance- und Entscheidungsstrukturen von COVAX aber so umgestaltet werden, dass die AMC-Länder und zivilgesellschaftliche Organisationen effektiver beteiligt werden. Schließlich sollten ACT-A und COVAX grundsätzlich auf den Prüfstand gestellt werden. Dabei sollte insbesondere untersucht werden, inwieweit diese Initiativen mit ihrer umstrittenen Multistakeholder-Struktur zur weiteren Schwächung der WHO als dem eigentlich zentralen zwischenstaatlichen Entscheidungsgremium im Bereich globaler Gesundheit beitragen.

8. Öffentliche Gesundheitsinfrastruktur und soziale Sicherungssysteme stärken:

Um die COVID-19-Pandemie zu überwinden, reicht es nicht aus, Impfstoffe für die gesamte Weltbevölkerung zu produzieren und fair zu verteilen. Notwendig ist auch eine funktionsfähige öffentliche Gesundheitsinfrastruktur. In vielen Ländern ist der Gesundheitssektor chronisch unterfinanziert, in vielen war er gerade in den Jahren vor Ausbruch der Pandemie von Sparmaßnahmen und Privatisierung betroffen. Erforderlich ist in vielen Ländern eine substantielle Stärkung der öffentlichen Gesundheitssysteme. Dazu brauchen die Länder einen größeren fiskalischen Spielraum. Dieser kann geschaffen durch Steuerreformen, die Umschichtung von sozial und ökologisch nicht nachhaltigen Subventionen zugunsten von höheren Gesundheitsbudgets, die Bekämpfung von Steuerflucht und Steuervermeidung, durch Schuldenerlasse sowie durch zusätzliche externe Mittel, wie z.B. IWF-Sonderziehungsrechte und höhere EZ-Mittel. Die Bundesregierung sollte in ihrer EZ die Stärkung von öffentlicher Gesundheitsinfrastruktur und sozialen Sicherungssystemen in den Partnerländern aktiv fördern. Zugleich sollte sie sich im IWF und anderen Internationalen Finanzinstitutionen (IFIs) dafür einsetzen, dass deren Beratung und Auflagenpolitik nicht dem Ziel starker öffentlicher Gesundheitssysteme und effektiver sozialer Sicherungssysteme entgegenwirkt.

9. Globale Finanzierung öffentlicher Gesundheitsaufgaben steigern:

Um die gegenwärtige Pandemie weltweit zu beenden, auf den Ausbruch künftiger Pandemien besser vorbereitet zu sein und den universellen Zugang zu qualitativ hochwertigen Gesundheitsdienstleistungen gewährleisten zu können, sind öffentliche Investitionen in Milliardenhöhe notwendig. Die Spitzen von IWF, Weltbank, WHO und WTO forderten allein zur Bewältigung der akuten Pandemie zusätzliche öffentliche Investitionen in Höhe von etwa 50 Milliarden US-Dollar. Sie würden nicht nur dazu beitragen, die Zahl der Infektionen und Todesfälle zu verringern und die Pandemie schneller zu beenden, sondern auch den wirtschaftlichen Aufschwung zu beschleunigen und bis 2025 weltweit eine zusätzliche Wirtschaftsleistung von etwa 9 Billionen US-Dollar zu erbringen. Wichtige Maßnahmen zur Mobilisierung internationaler Finanzmittel wären substantielle Schuldenerlasse sowie die Umleitung (*rechannelling*) eines Teils der 650 Milliarden US-Dollar an neuen Sonderziehungsrechten (SZR) des IWF von den reichen in die ärmeren Länder. Die Bundesregierung sollte, unter anderem im Rahmen ihrer G7-Präsidentschaft, hierzu neue Initiativen starten.

10. WHO politisch und finanziell stärken:

Die Reaktionen der internationalen Staatengemeinschaft auf die COVID-19-Pandemie haben die Unzulänglichkeiten der globalen Gesundheitsarchitektur überdeutlich gemacht. Die WHO hatte weder das politische Mandat noch die finanziellen Ressourcen, um auf die Pandemie adäquat reagieren zu können. Nun rächte es sich, dass die WHO über Jahre systematisch unterfinanziert war und in einem zunehmend fragmentierten System vertikaler Gesundheitsfonds und -programme immer weiter geschwächt wurde. Es ist notwendig, daraus die Konsequenzen zu ziehen und die WHO politisch und finanziell zu stärken, damit sie auf künftige Pandemien besser vorbereitet ist und auch andere globale Gesundheitsrisiken effektiver bearbeiten kann.

Am 1. Dezember 2021 haben sich die Mitglieder der WHO darauf geeinigt, den Prozess der Ausarbeitung eines **Übereinkommens zur Stärkung der Pandemieprävention, -vorsorge und -reaktion** zu beginnen. Ob es tatsächlich Fortschritte bringt und dazu beiträgt, die bisherigen strukturellen Schwächen der globalen Gesundheitsarchitektur zu überwinden, ist umstritten. Je nach seiner Ausgestaltung könnte es auch zur weiteren Schwächung der WHO durch die Auslagerung der Pandemievorsorge und -reaktion in Multistakeholder-Gremien mit begrenzter demokratischer Legitimation führen. Die Bundesregierung sollte aktiv darauf hinwirken, dass der Pandemievertrag zu einer Stärkung der politischen und normativen Rolle der WHO und ihrer finanziellen Ausstattung führt.

Denn Dreh- und Angelpunkt für die Stärkung der globalen Gesundheitsgovernance ist die **ausreichende und berechenbare Finanzierung der WHO**. Bislang ist sie mit einem jährlichen Budget von insgesamt etwa 3 Milliarden US-Dollar (2022) massiv unterfinanziert. Hinzu kommt, dass nur noch 16 Prozent des Budgets über Pflichtbeiträge der Mitgliedsstaaten finanziert wird und damit von der WHO flexibel eingesetzt werden kann. Erforderlich sind eine substantielle Aufstockung der Mittel und die deutliche Erhöhung des Anteils der Pflichtbeiträge auf mindestens zwei Drittel des Gesamtbudgets. Die Bundesregierung hat in den Bemühungen um die finanzielle Stärkung der WHO eine bemerkenswerte Führungsrolle übernommen und ist derzeit größter Beitragszahler der WHO. Sie sollte weiter aktiv darauf hinwirken, dass die Widerstände gegen eine finanzielle Stärkung der WHO überwunden werden. Dies könnte auch Signalwirkung für andere Organisationen des UN-Systems haben.

2. Finanzierung nachhaltiger Entwicklung

Überblick

Die Coronakrise hatte 2021 auch großen Einfluss auf unsere Arbeit zur Entwicklungsfinanzierung. Die wohlhabenderen Länder haben sich im Laufe des Jahres wirtschaftlich erholt. In den Ländern des globalen Südens wirkte der wirtschaftliche Schock dagegen weiter schwer. Ein Grund für diese Diskrepanz ist, dass reiche Länder mehr fiskalischen Spielraum für Konjunkturprogramme, Subventionen und soziale Sicherheit haben als arme Länder. Diese Situation beweist noch einmal die große Bedeutung quantitativ und qualitativ hinreichender Entwicklungsfinanzierung.

Die Besonderheiten der Coronakrise haben neue Aspekte der Entwicklungsfinanzierung ins Blickfeld gerückt. Das Thema Finanzierung von Impfstoffen für den globalen Süden wurde seit Anfang 2021 heiß diskutiert. Dazu wurde die multilaterale COVAX-Fazilität aufgelegt. Durch die wirtschaftliche Rezession wurde eine neue Schuldenkrise im globalen Süden ausgelöst. Sie wurde noch dadurch verstärkt, dass finanzielle Hilfe oft nur in Form von Krediten kam. Im August 2021 hat der IWF Sonderziehungsrechte (SZR) im Wert von 650 Milliarden US-Dollar an seine Mitgliedsstaaten ausgeschüttet – die quantitativ bedeutendste Reaktion einer multilateralen Organisation auf die Coronakrise.

Im Rahmen unserer Projekte habe wir diese Aspekte aufgegriffen. Unser Briefing Paper zur Schuldenkrise zeigt Auswege aus der Krise mittels überfalliger Reformen der internationalen Finanzarchitektur. Das Briefing Paper zur SZR-Allokation wurde zur wohl wichtigsten Informationsquelle zu diesem Thema in deutscher Sprache.

Wir haben kritisch-progressive Positionen gemeinsam mit unseren zivilgesellschaftlichen Partnern in nationale und internationale Politikprozesse eingebracht. Ein Schwerpunkt lag auch 2021 bei der Begleitung des Financing for Development-Prozesses der Vereinten Nationen. Daneben waren wir auch bei den Tagungen von IWF und Weltbank involviert, notgedrungen virtuell. Der G20-Gipfel in Rom war das erste große Politikevent seit Ausbruch der Pandemie, bei dem wir in Präsenz teilgenommen haben.

Vor und nach den Bundestagswahlen im September 2021 haben wir an zahlreichen Konsultationen teilgenommen, um damit wirksame Entwicklungsfinanzierung und Steuergerechtigkeit in der deutschen Politik stärker zu etablieren.



Unsere Projekte

GPF hat sich 2021 in verschiedenen Projekten auf deutscher und internationaler Ebene mit der Entwicklungsfinanzierung im weiteren Sinne befasst. Unsere langjährige Kooperation mit Brot für die Welt und MISEREOR haben wir fortgeführt. Das Projekt, das die Förderung der Umsetzung und Weiterentwicklung der Financing for Development-Agenda der UN zum Ziel hat, wurde nach Ausbruch der Coronakrise umgestaltet, um auch auf die neuen Entwicklungen angemessen reagieren zu können. GPF wurde dadurch zu einer der profiliertesten Organisationen weltweit im Bereich Coronakrise und Entwicklungsfinanzierung. Unsere Briefing Papers gelten als bedeutende Informationsquellen zum Themenkomplex, in Deutschland und international.

Anfang 2021 wurde Bodo Ellmers teilweise freigestellt, um im Auftrag des Exekutivbüros des Generalsekretärs der Vereinten Nationen eine unabhängige Evaluation des UN-Sonderprozesses „Financing for Development in the Era of COVID-19 and Beyond“ durchzuführen.

Seit März 2021 haben wir unsere Kapazitäten im Bereich Entwicklungsfinanzierung durch ein weiteres Projekt aufgestockt, das von der GIZ im Auftrag des BMZ finanziert wird und die vielseitige Beratung von Entscheidungsträger*innen und Vertreter*innen zivilgesellschaftlicher Organisationen zum Ziel hat.

Dieser Arbeitsbereich wird federführend von **Bodo Ellmers** betreut.

Wenn nur noch die Rendite zählt

Wie die stetig voranschreitende Finanzialisierung soziale Ungleichheit verstärkt und nachhaltige Entwicklung behindert

von Bodo Ellmers²

Nachhaltige Entwicklung kann nur gelingen, wenn ihre Finanzierung gesichert ist. Welche Rolle öffentliche Gelder und privates Kapital dabei spielen sollen, ist stark umstritten. Besonders die EU fordert und fördert den Einsatz privater Investoren, während sie Verpflichtungen aus der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit nicht einhält und Steuerflucht nicht wirksam bekämpft. Welche Finanzierungsstrategie gewählt wird, hat erheblichen Einfluss auf die Art der Entwicklung und die Lebensbedingungen der Menschen im globalen Süden.

Man stelle sich eine Welt vor, in der Schulen als Wertpapier von Blackrock an der Börse gehandelt werden, das nahegelegene Krankenhaus einem Investmentfonds von Morgan Stanley gehört und die Straße vor dem eigenen Haus dem Vermögensverwalter DWS. In vielen Ländern ist dieses Schreckensszenario der Finanzialisierung bereits zu weiten Teilen Realität geworden, besonders im globalen Süden.

Mit Finanzialisierung wird allgemein das Phänomen bezeichnet, dass in den letzten Jahrzehnten der Anteil des Kapitals an der Wirtschaftsleistung der

² Dieser Artikel erschien zuerst im Magazin Südklink, Nr. 198 – Dezember 2021 (<https://www.inkota.de/news/wenn-nur-noch-die-rendite-zaehlt>)

meisten Länder gewachsen ist, auf Kosten des Anteils der Arbeit und der Löhne. Innerhalb des Kapitalanteils stieg die Bedeutung des Finanzsektors im Vergleich zur sogenannten Realwirtschaft, und damit auch die Bedeutung von Banken, Investmentfonds, Immobilienfonds und Versicherungen gegenüber traditionellen Industrieunternehmen.

Finanzialisierung geht aber über den Bereich der reinen Finanzsphäre hinaus, sie erstreckt sich auch auf Politik und Ideologie. In der Politik haben Wirtschafts- und besonders Finanzmarktakteure deutlich an Macht und Einfluss gewonnen. Damit können sie politische Prozesse dominieren und dahingehend lenken, dass vergangene Schritte der Finanzialisierung abgesichert werden und zukünftigen Schritten der Weg bereitet wird.

Im Bereich der Ideologie werden Ideen verbreitet, die solche Prozesse ermöglichen, befördern oder potenziell Widerstand den Wind aus den Segeln nehmen. Das sind zum Beispiel Dogmen, wie dass die Menschen eine private kapitalbasierte Zusatzversicherung zur Rente bräuchten, dass private Dienste von besserer Qualität seien als öffentliche, dass Austeritätspolitik unabdingbar für solide Staatsfinanzen sei oder auch dass mehr privates Kapital mobilisiert werden müsste, um die Nachhaltigen Entwicklungsziele (SDGs) bis 2030 zu erreichen. Dadurch werden Entscheidungen in einer Weise gelenkt, die weitere Finanzialisierung begünstigen und vorantreiben.

Finanzialisierung und Neoliberalismus sind wie zwei Brüder, nicht identisch aber durch zahlreiche Wechselwirkungen miteinander verknüpft. Beide haben seit den 1980er Jahren an Schwung gewonnen und sich in mehreren Stufen immer mehr intensiviert. Der Staat und öffentliche Institutionen werden instrumentalisiert. Wann immer eine Spekulationsblase zu platzen und eine Anlageklasse dramatisch an Wert zu verlieren droht, machen die Nutznießer der Finanzialisierung das, was sie sonst vehement kritisieren: Sie rufen nach dem Eingreifen des Staates, zu ihren Gunsten.

So wurden private Banken in der Finanzkrise ab 2008 durch staatlich organisierte sogenannte Bailouts gestützt, finanziert alleine in der EU mit Steuergeldern in Höhe von 4,5 Billionen Euro.

Damit waren auch die Finanzanlagen der Vermögensbesitzer*innen geschützt. In der jüngsten Stufe kaufen Zentralbanken im Zuge ihrer Anleihekaufprogramme neuerdings auch Finanzprodukte privater Emittenten auf, stützen damit ihre Kurse und garantieren die Vermögen ihrer Eigentümer*innen und solide Bilanzen bei privaten Banken.

Die Konsequenz einer derartigen Geldpolitik: Die Vermögenspreise bei Aktien und Immobilien hatten schon wenige Monate nach Beginn der Covid-19-Krise Anfang 2020 neue Höchststände erreicht. Laut dem World Economic Outlook des Internationalen Währungsfonds (IWF) vom Oktober 2021 soll auch die Wirtschaftsleistung 2022 wieder das Niveau von vor der Krise erreichen. Dies alles geschieht, während auch 2022 noch in einem Drittel aller Länder das Beschäftigungsniveau unter dem Vorkrisenstand bleiben wird, bei Entwicklungsländern ist der Anteil höher als in reichen Ländern. Die Balance verschiebt sich damit weiter zugunsten des Kapitals, die Ungleichheit nimmt weiter zu.

Internationale Finanzinstitutionen als Türöffner

Im globalen Süden wurde die Finanzialisierung gezielt durch die internationalen Finanzinstitutionen (IFIs) vorangetrieben. Die Schuldenkrise seit den 1980er Jahren lieferte die betroffenen Länder den Finanzhilfen von IWF und Weltbank aus, und damit auch den dazugehörigen politischen Konditionen.

Strukturanpassungsprogramme, die dem immer gleichen Dreiklang aus Deregulierung, Liberalisierung und Privatisierung folgten, öffneten neue Bereiche für private Investoren und ihr Finanzkapital. Parallel dazu schwächten sie die Kapazitäten des Staates zur Regulierung und zur Bereitstellung öffentlicher Güter.

Vierzig Jahre später wird zwar das Tabuwort „Strukturanpassungsprogramm“ von keinem IWF-Mitarbeitenden mehr in den Mund genommen, geändert hat sich in der Praxis jedoch wenig. Seit den Verhandlungen zu den SDGs 2015 gilt das Dogma, dass nicht genügend öffentliche Gelder für ihre Umsetzung zur Verfügung stünden. Unter dem Schlagwort „from Billions to Trillions“

forderten die IFIs bereits im April 2015 in einem gemeinsamen Positionspapier, dass privates Kapital zukünftig die Hauptrolle in der Entwicklungsfinanzierung spielen sollte.

Privates Kapital solle öffentliche Mittel aus Steuereinnahmen und Öffentlicher Entwicklungszusammenarbeit (ODA) nicht nur ergänzen, sondern diese sollten in Zukunft primär dafür eingesetzt werden, private Investitionen zu mobilisieren. Die öffentliche Hand solle dabei die privaten Investitionen über komplexe Finanzinstrumente subventionieren oder ihnen durch großzügige Garantien das Investitions- und Verlustrisiko abnehmen.

Die Weltbank zementierte diesen Ansatz auch in ihrem operativen Geschäft. Seit Anfang 2018 wird unter dem PR-Begriff „Maximizing Financing for Development“ ein Kaskadenmodell vorangetrieben, in dem privates Kapital bei der Finanzierung einer Aktivität grundsätzlich Vorrang bekommt. Findet sich zu Marktkonditionen kein*e Investor*in, solle die private Investition mit öffentlichen Geldern subventioniert und garantiert werden. Nur wenn auch dies nicht klappt, sollen öffentliche Gelder zum Einsatz kommen. Die Konsequenz dieses Ansatzes ist zwangsläufig ein immer weiter schrumpfender öffentlicher Raum, denn wo privat finanziert wird, werden in der Regel keine öffentlichen Güter geschaffen.

In Debatten um die Finanzierung der SDGs werden Entwicklungsländer wieder und wieder dazu aufgefordert, ihre Natur, ihre Infrastruktur, ihr Bildungssystem und ihr Gesundheitswesen in „bankable projects“ umzuwandeln. Also in hübsche und attraktive Investmentpakete, die sie auf internationalen Finanzmärkten privaten Investoren feilbieten können. An Investoren, die nach neuen Verwertungsmöglichkeiten für Kapital suchen, die in Zeiten von Wachstumsschwäche und Niedrigzinsen im globalen Norden kaum noch zu finden sind.

Nachhaltige Entwicklung als Anlageprodukt

Der Investitionsdruck der Kapitalbesitzer*innen aus dem globalen Norden treibt die Investitionsgrenze in immer neue „frontier markets“ voran, sowohl geographisch als auch sektoral. Während Entwicklungsländer wie Ghana, Senegal oder Sambia noch

vor wenigen Jahren als nicht kreditwürdige no-go areas für private Investor*innen galten, emittieren diese Länder mittlerweile Staatsanleihen auf den globalen Finanzmärkten. Dies zu Zinssätzen, die zehn Prozent und mehr erreichen können, weshalb die jährlichen Zinszahlungen sie finanziell ausbluten, und jeder Fälligkeitstermin einer voluminösen Anleihe ein Moment des Bangens wird, in dem der Zahlungsausfall droht.

Finanzierungsstrategien, die auf privates Kapital setzen, haben zu einem rapiden Anstieg der Verschuldung geführt. Die Weltbank warnte auf ihrer jüngsten Jahrestagung im Oktober, dass die Verschuldung in den ärmsten Ländern der Welt neue Höchststände erreicht hat. Alleine 2020 ist sie um zwölf Prozent in die Höhe geschossen. Mehr als die Hälfte dieser Länder droht in eine Schuldenkrise zu geraten oder befindet sich bereits darin.

Dass privates Kapital zusätzliche Ressourcen für die Finanzierung nachhaltiger Entwicklung liefert, hat sich als Trugschluss erwiesen. Mittlerweile sind die Nettotransfers negativ. Regierungen im globalen Süden zahlen mehr für den Schuldendienst, als sie an Neukrediten erhalten. Ein immer größer werdender Teil der Steuerzahlungen ihrer Bürger*innen wird privaten Investor*innen überwiesen, häufig ins Ausland. Der Schuldendienst absorbiert einen wachsenden Teil des Staatshaushalts. Jeder Dollar, der in den Schuldendienst fließt, ist ein Dollar, der bei der Finanzierung von Bildung und Gesundheit, bei sozialer Sicherheit und dem Kampf gegen den Klimawandel fehlt.

Auch verhalten sich private Investoren in Krisenzeiten unzuverlässig. Die Anfälligkeit für Krisen im globalen Süden ist durch die Deregulierung des Kapitalverkehrs gewachsen, private Kapitalflüsse sind extrem volatil. Jüngstes Beispiel waren die ersten Monate des globalen Corona-Lockdowns im März/April 2020, als Entwicklungsländer zum Opfer der schnellsten und größten Kapitalflucht jemals wurden. Innerhalb kürzester Zeit zogen privaten Investoren knapp 100 Milliarden US-Dollar aus den Ländern des globalen Südens ab und verlagerten sie in vermeintlich sichere Investitionshäfen.

Nicht nur die Internationalen Finanzinstitutionen befördern dieses System. Auch die Vereinten

Nationen lassen sich vereinnahmen. So findet zeitgleich zum jährlichen Financing for Development Forum des Wirtschafts- und Sozialrats der UN auch eine „SDG Investment Fair“ in New York statt. Auch die Bundesregierung hat sich mit dem „Compact with Africa“ der Strategie verschrieben, im globalen Süden ein gutes Investitionsklima für den Privatsektor zu schaffen.

Die Koalition der G20 treibt eine ganze Reihe neoliberal inspirierter Politikprojekte voran. Unter anderem gibt sie sich seit einigen Jahren alle Mühe, „infrastructure as an asset class“, also Infrastruktur als neue Anlagekategorie zu etablieren. Dass die OECD in diesem Zusammenhang stolz zitiert, dass 90 Prozent aller Investoren mehr in Infrastruktur investieren wollen, sollte einem eher Angst machen, wenn man einen Menschenrechtsansatz beim Zugang zu grundlegenden Gütern und Dienstleistungen vertritt. Der Drang zu Gewinnmaximierung und das Bedürfnis, Investitionen schnell wieder abstoßen zu können, sind fester Bestandteil der Kapitallogik. Das verträgt sich schlecht mit dem Recht auf Bildung, dem universellen Zugang zu Gesundheitsversorgung und dem Ansatz der Agenda 2030 des „Leave No One Behind“.

Mittlerweile ist die Finanzialisierung fast in alle Sektoren vorgedrungen. Vornehmlich öffentliche Güter wie das Bildungs- und das Gesundheitssystem werden privatisiert und in Waren verwandelt. Selbst Agrarland wird zunehmend zum Spekulationsobjekt, Investoren sichern sich durch Land Grabbing lukrative Stücke und verdrängen Kleinbauern und Kleinbäuerinnen, die keine sicheren Landtitel vorweisen können. Auch Wohnraum ist zur Ware geworden. Neue Klassen von Finanzprodukten wie Studienkredite, Gesundheitskredite (health care loans) und Mikrohypotheiken ermöglichen den Kauf grundlegender Dienstleistungen dort, wo der Rechtsanspruch auf diese verloren gegangen ist – und stürzen immer mehr Menschen in die Schuldenfalle.

Alternativen zur Finanzialisierung

Zum Glück gibt es auch Gegentrends zur Finanzialisierung, und Alternativen gibt es genug. So sind in vielen Ländern und Städten Prozesse der Rekommunalisierung im Gange, bei denen zum Beispiel

die Wasserversorgung und die Transportinfrastruktur wieder in die öffentliche Hand überführt wird. Dies häufig aufgrund von massiven Protesten von Bürger*innen, die für besseren Zugang kämpfen. Ein wichtiger erster Schritt ist, sich die Dogmen der Finanzialisierung vorzunehmen. Insbesondere jenes, dass es nicht genügend öffentliche Finanzmittel zur Bereitstellung öffentlicher Güter und der Finanzierung nachhaltiger Entwicklung gäbe.

Nach Angaben von UN und OECD stieg die Finanzierungslücke bei den SDGs seit Beginn der Covid-19-Krise von 2,5 auf 4,2 Billionen US-Dollar, doch im gleichen Zeitraum haben Regierungen überall in der Welt gut 20 Billionen US-Dollar an öffentlichen Haushaltsmitteln zur Bekämpfung der Krise bereitgestellt, also etwa das Fünffache der angegebenen Finanzierungslücke. Möglich gemacht wurde dies durch den Einsatz der Zentralbanken, die es zumindest im globalen Norden den Regierungen erlaubten, durch Ausgabe neuer Staatsanleihen gewaltige Summen zu mobilisieren, in dem sie diese Anleihen in Massen aufkauften. Im Nebeneffekt wurden die Zentralbanken zum größten Gläubiger ihrer Regierungen.

Geld ist also genug da. Für alle, deren Gehalt wieder nicht bis zum Ende des Monats reicht, mag das schräg klingen, aber „Geld“ ist so ziemlich die einzige Ressource auf unserem Planeten, die nicht knapp ist, sondern vom Finanzsystem in unbegrenzter Menge geschaffen werden kann. Leider passiert es in der Regel zum falschen Zweck, eben eher zur Stützung der Marktwerte von Finanzprodukten und zur Sicherung privater Gewinne als zur Finanzierung nachhaltiger Entwicklung.

Bislang war die Covid-Krise eine vertane Chance. Es hat nur zaghafte Ansätze gegeben, die gewaltige Injektion fiskalischer (und in letzter Konsequenz) monetärer Ressourcen für eine sozialökologische Transformation zu nutzen. Ein zaghafter Versuch war die Verpflichtung unter dem neuen EU-Wiederaufbaufonds, 37 Prozent der Mittel für grüne Projekte einzusetzen.

Natürlich braucht es nicht unbedingt neu geschöpftes Geld, um nachhaltige Entwicklung und Armutsbekämpfung zu finanzieren. Es ist auch jetzt schon genug da: Laut einem Expertenbericht der

UN befinden sich sieben Billionen US-Dollar an privaten Vermögen in Steueroasen und entziehen sich damit der Besteuerung. Durch Gewinnverschiebung transnationaler Konzerne in Steueroasen gehen weitere 500 bis 600 Milliarden US-Dollar jährlich verloren. Der jüngste Skandal um die Pandora-Papers hat bewiesen, dass auch nach Jahren von Verhandlungen bei der OECD, keine wirksamen Mittel gegen Steuerflucht bereitstehen.

Seit Beginn der Coronakrise sind die Nettovermögen der Milliardär*innen weltweit von 8 auf 13,5 Billionen US-Dollar gewachsen, eine unglaubliche Steigerung von 69 Prozent in nur etwa anderthalb Jahren. Oxfam und andere haben argumentiert, dass eine einmalige 99%-Abgabe auf die Gewinne der Krisengewinner ausreichen würde, um alle Menschen weltweit zu impfen und dazu noch allen Arbeitslosen weltweit einen 20.000-Dollar-Scheck auszustellen.

Auch die bereits genannte Finanzierungslücke von 4,2 Billionen US-Dollar bei den SDGs würde mit dieser Abgabe mehr als gedeckt. Weltweit setzen sich Aktivist*innen für mehr Steuergerechtigkeit ein, damit Kapitalerträge, Vermögen, Erbschaften und Unternehmensgewinne besser besteuert werden. Auch dies wäre ein zentraler Schritt, um Finanzialisierung zurückzudrängen und den Staat wieder zu ermächtigen, seine Pflichten bei der Bereitstellung öffentlicher Güter wahrzunehmen. Die neue Bundesregierung sollte sich an diesen Herausforderungen messen lassen.

3. Unternehmenseinfluss, Wirtschaft und Menschenrechte

Überblick

Die Themenbereiche Unternehmenseinfluss sowie Wirtschaft und Menschenrechte waren auch im Jahr 2021 Arbeitsschwerpunkte von GPF. Wir arbeiteten hierzu insbesondere im Rahmen von Kooperationsprojekten mit Brot für die Welt und MISEREOR sowie mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Im Fokus unserer Arbeit standen dabei die laufenden Prozesse zur Unternehmensregulierung im Bereich Wirtschaft und Menschenrechte auf deutscher und UN-Ebene. Wir wirkten an Fachgesprächen und zivilgesellschaftlichen Strategietreffen mit und erstellten mehrere Publikationen.



Unsere Projekte

GPF hat sich 2021 in zwei Projekten mit dem Einfluss privater Akteure auf nationale und internationale Politikprozesse und mit deren Regulierung befasst.

Im Rahmen des Kooperationsprojekts mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung (RLS) veranstaltete GPF gemeinsam mit der IG-Metall und IndustriAll ein Side Event am Rande der 7. Verhandlungsrunde über ein UN-Abkommen zu Wirtschaft und Menschenrechten in Genf. Gemeinsam mit Gewerkschaftsvertreter*innen diskutierten wir, wie ein rechtsverbindliches Instrument die bestehenden Selbstregulierungsansätze ergänzen könnte. In einem Briefing analysierte GPF die Ergebnisse der 7. Verhandlungsrunde.

Um den Prozess hin zu einem UN-Treaty zu unterstützen, engagierte sich GPF mit anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen auf deutscher, europäischer und internationaler Ebene. Die deutsche zivilgesellschaftliche Treaty Alliance wird von GPF koordiniert. Gemeinsam mit den Mitgliedsorganisationen der Treaty Alliance Deutschland erstellte und veröffentlichte GPF eine Kommentierung des dritten überarbeiteten Vertragsentwurfs („Third Revised Draft“). Gemeinsam erstellten wir ein Social Media Kit zum Thema für die Öffentlichkeitsarbeit.

Darüber hinaus führten wir im Rahmen der Kooperationen mit der RLS, Brot für die Welt und MISEREOR mehrere Aktivitäten durch, um das Problembewusstsein der Fachöffentlichkeit über das Thema Geschlechtergerechtigkeit in globalen Wertschöpfungsketten zu erhöhen. Dazu veranstalteten wir gemeinsam mit Women Engage for a Common Future und der RLS ein Fachgespräch und machten u. a. über Pressemitteilungen auf die mangelnde Berück-

sichtigung der Gender-Dimension im deutschen Lieferkettengesetz aufmerksam. Das Thema wurde auch in mehreren Vorträgen von uns behandelt.

Im Rahmen unseres Kooperationsprojekts „Gegen-Lobby für Zukunftsgerechtigkeit“ mit Brot für die Welt und MISEREOR beobachtete GPF die Einflussnahme von privaten Akteuren auf verschiedene Politikprozesse und vernetzte sich zu diesen Themen mit anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen. Wir beteiligten uns an zivilgesellschaftlichen Treffen, um über Strategien zur Begrenzung des Einflusses von Unternehmensvertretungen auf den Prozess hin zu einem EU-Lieferkettengesetz zu diskutieren.

Ein Ergebnis der Kooperation war das Kurzpapier „Lieferkettengesetz: Aufstand der Lobbyisten“, in welchem wir die massive Wirtschaftslobby gegen ein deutsches Lieferkettengesetz aufzeigten.

Schließlich veröffentlichten wir das Kurzpapier „Wege aus der globalen Gesundheitskrise. Mit dem One Health Ansatz für gesunde Menschen, gesunde Tiere und eine gesunde Umwelt weltweit“ und brachten die Ergebnisse in Gespräche mit politischen Entscheidungsträger*innen ein.

Dieser Arbeitsbereich wird federführend von **Karolin Seitz** betreut.



Schutz von Frauen in globalen Lieferketten? Nur mit geschlechtergerechten Gesetzen!

Multinational agierende Unternehmen haben es bisher verpasst, Frauenrechte ausreichend zu schützen und Geschlechtergerechtigkeit zu fördern.³

von Karolin Seitz

Knapp 190 Millionen Frauen arbeiten weltweit in globalen Lieferketten. Sie versorgen die Welt mit Produkten und Dienstleistungen und halten die Wirtschaft am Laufen. Gleichzeitig sind sie mehrfach und in anderer Weise als Männer von den negativen Auswirkungen globalen Wirtschaftens betroffen.⁴ Regelwerke und Gesetze müssen daher multinational agierende Unternehmen verpflichten, Frauen besonders zu schützen.

Strukturelle Benachteiligung in der globalen Arbeitswelt

Die strukturelle Benachteiligung von Frauen zieht sich durch alle Ebenen der globalen Arbeitswelt. Frauen arbeiten wesentlich öfter als Männer in unsicheren und schlechter bezahlten Tätigkeiten, sind häufiger ungerechten und ungesunden Arbeitsbedingungen ausgesetzt, sind in leitenden Positionen unterrepräsentiert und werden öfters Opfer von Diskriminierung und sexuellen Übergriffen.

3 Dieser Text wurde gemeinsam mit Franziska Korn von der Friedrich-Ebert-Stiftung verfasst und am 8.4.2022 auf der [FES-Website](#) erstmals veröffentlicht.
4 Ähnlich diskriminiert sind auch Menschen anderer Geschlechteridentitäten. Der Fokus dieses Beitrags liegt jedoch auf Frauen und Mädchen wegen ihrer starken Präsenz in zahlreichen Lieferketten.

Neben der Lohnarbeit bewältigen Frauen weltweit häufiger unbezahlte Arbeit wie Hausarbeit, Kinderbetreuung und Pflege. Patriarchale Gesellschaftsstrukturen verstärken die prekäre Lage vieler Frauen im Globalen Süden und Norden noch zusätzlich. Kommt es zu Umweltkatastrophen oder Menschenrechtsverletzungen im Kontext von Wirtschaftsaktivitäten, sind Frauen in besonderer Weise betroffen. Sie stehen großen Hürden gegenüber, Zugang zu Recht und Wiedergutmachung zu erlangen. Gleichzeitig sind Frauen in Gewerkschaften unterrepräsentiert, was öfters dazu führt, dass gendersensible Forderungen fehlen.

Krisen verstärken Geschlechterungleichheiten

Die Coronapandemie hat Geschlechterungleichheiten verstärkt. Infolge des Zusammenbruchs globaler Lieferbeziehungen haben Armut, Ausbeutung und Diskriminierungen von Frauen weltweit zugenommen. Gleichzeitig hat die Pandemie auf drastische Weise die Abhängigkeiten zwischen dem Globalen Süden und Norden und das damit verbundene Machtgefälle zementiert. Die Textilindustrie, in der der Frauenanteil an der Belegschaft weltweit rund 80 Prozent beträgt, ist ein Beispiel dafür. In kürzester Zeit stornierten in Europa ansässige multinational agierende Unternehmen Aufträge in Millionenhöhe. Fabriken mussten schließen. Arbeiterinnen in Bangladesch, Indien oder Äthiopien verloren über Nacht ihre Arbeit. Die ausfallenden Löhne führten nicht zuletzt aufgrund fehlender sozialer Sicherungssysteme zu Armuts- und Hungerkrisen.

Widerstandsfähige Lieferketten nur mit Geschlechtergerechtigkeit

Wer es ernst meint mit der Nachhaltigkeit globaler Lieferketten, muss daher auch der Ausbeutung von Frauen entschieden entgegentreten. Multinational agierende Unternehmen haben es bisher verpasst, Frauenrechte ausreichend zu schützen und Geschlechtergerechtigkeit zu fördern. Versuche, mit Audits oder anderen freiwilligen Initiativen Menschenrechtsverletzungen präventiv entgegenzuwirken, sind vielfach gescheitert. Gesetze und Regelwerke sind von essenzieller Bedeutung, damit Unternehmen ihrer Pflicht zum Schutz von Mensch und Umwelt nachkommen. Die 2011 veröffent-

lichten **UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte** bilden die maßgebliche Orientierung. Sie zielen darauf ab, multinational agierende Unternehmen zu verpflichten, Menschenrechts- und Umweltrechtsverletzungen entlang ihrer Lieferketten entgegenzuwirken und Wiedergutmachung zu leisten, sollte es zu Schäden kommen. Unternehmen sind außerdem angehalten, ihre unternehmerische Sorgfaltspflicht so zu gestalten, dass Gruppen, die einem besonderen Risiko der Vulnerabilität oder Marginalisierung ausgesetzt sind, besonderen Schutz erfahren. Frauen zählen zweifelsohne dazu.

Als Folge der UN-Leitprinzipien haben mehrere Länder **sogenannte Sorgfaltspflichtengesetze** verabschiedet. Während die Gesetze ein entscheidender Schritt zu einer gerechteren, solidarischen und nachhaltigen Globalisierung sind, nehmen sie Geschlechtergerechtigkeit nicht ausreichend in den Fokus. 2019 veröffentlichten die UN den Bericht **„Gender Dimension of the Guiding Principles on Business and Human Rights“**, der erstmals Vorschläge für geschlechtergerechte Produktionsnetzwerke formulierte. 2020 folgte von einem breiten Bündnis aus zivilgesellschaftlichen Akteuren das Papier **„Geschlechtergerechtigkeit in globalen Lieferketten“**. Es zeigt auf, wie geschlechtergerechte Lieferkettengesetze ausgestaltet sein müssen.

Während das **deutsche Gesetz** es verpasst hat, Geschlechtergerechtigkeit in den Fokus zu stellen, ist der **EU-Entwurf für ein europäisches Lieferkettengesetz** nicht völlig genderblind. So benennt der Entwurf die **UN-Frauenrechtskonvention** in der Liste der zu schützenden Menschenrechtsabkommen. Nicht enthalten ist jedoch das Verbot jeglicher Form von Diskriminierung aller – inklusive nicht angestellter – Frauen. Auch fehlen Forderungen nach einer geschlechtergerechten Risikoanalyse sowie eines Zugangs zu Rechtsmitteln, der Frauen tatsächlich ermöglicht, Wiedergutmachung einzufordern. Das **ILO-Übereinkommen Nr. 190** über Gewalt und Belästigung in der Arbeitswelt ist bisher auch nicht enthalten. In den zukünftigen Diskussionen um die EU-Gesetzgebung muss **Geschlechtergerechtigkeit** nach vorne treten.

G7: Fortschritt nur mit international verbindlichen Abkommen

Das Motto der diesjährigen deutschen G7-Präsidentschaft lautet: „Fortschritt für eine gerechtere Welt“. Fortschritt und Gerechtigkeit können langfristig nur erzielt werden, wenn Globalisierung tatsächlich gerechter und nachhaltiger gestaltet wird. Bereits 2015 riefen die Staats- und Regierungschefs der G7 Unternehmen weltweit dazu auf, die Women’s Empowerment Principles (WEPs) in ihre Geschäftstätigkeit zu integrieren. Die WEPs, eine Initiative von UN Women und UN Global Compact, sind globale Grundsätze, mit deren Umsetzung Unternehmen gezielt zur Förderung und Stärkung von Frauen beitragen können. 2020 folgten die Evaluation und große Ernüchterung. Zwar bekannten sich viele Unternehmen öffentlich zu den Grundsätzen, ignorierten diese aber in ihrer Geschäftspraxis völlig. Fest steht: Nur mit Regelwerken und Gesetzen kommen Unternehmen ihrer Pflicht zum Schutz von Beschäftigten weltweit nach. Die G7-Präsidentschaft muss daher ein Zeichen setzen: Geschlechtergerechte Lieferkettengesetze auf nationaler und europäischer Ebene sind ein Muss. Ebenso braucht es ein international verbindliches Abkommen, das Unternehmen weltweit reguliert und den Zugang zu Recht und Wiedergutmachung im Fall von Menschenrechtsverletzungen und Umweltverschmutzung durch Unternehmen sicherstellt. Mit dem sogenannten UN Treaty zu transnationalen Konzernen und anderen Unternehmen wird ein solches Abkommen derzeit im UN-Menschenrechtsrat verhandelt. Die G7 sollten sich in diese Verhandlungen konstruktiv einbringen und sich für ein starkes, geschlechtergerechtes Völkerrechtsabkommen einsetzen.

III. Öffentlichkeitsarbeit und Kommunikation

Überblick

Als im Vorjahr neu etablierter und programmübergreifender Arbeitsschwerpunkt konnte GPFs Öffentlichkeitsarbeit und Kommunikation 2021 weiter ausgebaut und vertieft werden. Dabei wurde, insbesondere vor dem Hintergrund der COVID-19-Pandemie, der Fokus überwiegend auf digitale Kommunikationsformate wie Social Media, Blogs und Newsletter sowie Online-Publikationen und -Veranstaltungen gelegt.

Essentiell für jegliche Kommunikationsaktivitäten war eine enge Abstimmung mit den Verantwortlichen der Programmbereiche sowie mit Netzwerkpartner*innen. Die Ende Januar 2021 gelaunchte neue GPF-Website sowie die damit verbundenen Domains wurden regelmäßig mit neuen Inhalten (englisch und deutsch) bestückt und diese besucher*innenfreundlich zugänglich und verbreitbar gemacht.

Aktivitäten im Bereich Öffentlichkeitsarbeit und Kommunikation 2021

- » Erfolgreicher Relaunch und Etablierung der **GPF-Website** als Knotenpunkt für sämtliche Kommunikationskanäle von GPF sowie Erreichung des Ziels einer gesteigerten Nutzer*innenfreundlichkeit (responsive Webpräsenzen).
- » Unterstützung bei der Umsetzung von neuen **Publikationen** (Briefings, Reports, Blogbeiträge) zu den verschiedenen Kernthemen und Begleitung durch Disseminierungsstrategie und Social-Media-Outreach-Strategie, auch in Zusammenarbeit mit Partnerorganisationen, z. B. beim Spotlight on Sustainable Development Report 2021.
- » Organisation und Umsetzung von **Kommunikationsaktivitäten** für das durch die GIZ finanzierte Projekt zur Entwicklungsfinanzierung.
- » Entwicklung einer **Landing Page** für unsere Arbeit zum UN-Treaty zu Wirtschaft und Menschenrechten als Kommunikationsplattform für Publikationen und Veranstaltungen.
- » Organisation und Bewerbung von und Teilnahme an **Online-Veranstaltungen**.
- » Intensivierung der GPF-Kommunikation über **Social Media** (Twitter, Facebook, LinkedIn, u.a.).
- » Aktive Unterstützung von **Kommunikationskampagnen** der Partnernetzwerke, wie z.B. Treaty Alliance, Initiative Lieferkettengesetz und Civil Society Financing for Development (FfD) Group.

Relaunch der GPF-Website

Die Website des Global Policy Forums wurde zuletzt vor über zehn Jahren erneuert und technisch aktualisiert. Da sich seitdem sowohl Technik und Internetgeschwindigkeit als auch Endgeräte und das Nutzer*innenverhalten erheblich weiterentwickelt und verändert haben, stieß die Seite regelmäßig an ihre Grenzen. Einer starken Frequentierung der Seite und steigendem Interesse, nicht zuletzt an deutschsprachigen Inhalten und Veröffentlichungen auf der Website, standen überholtes Design, ein veraltetes Content Management System sowie fehlende Zweisprachigkeit, mobile Nutzbarkeit und Vernetzungsmöglichkeiten gegenüber. Um dieser Diskrepanz entsprechend begegnen zu können und sicherzustellen, dass künftig eine zeitgemäße digitale Kommunikation, Öffentlichkeits- und Netzwerkarbeit sowie bessere Nutzer*innenfreundlichkeit gewährleistet werden kann, wurde beschlos-

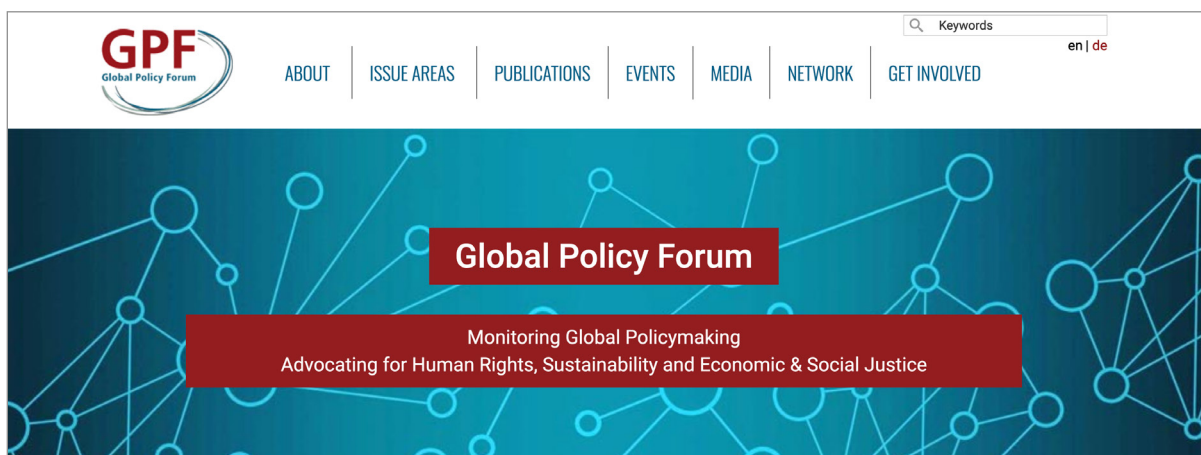
sen, die GPF-Website komplett neu aufzusetzen und sie enger mit weiteren Webauftritten von GPF zu verzahnen, insbesondere der deutschsprachigen Seite www.2030agenda.de.

Ergebnis ist eine „generalüberholte“ schnellere und schlankere Website, die an das veränderte Nutzer*innenverhalten angepasst ist und auf der die User*innen mit wenig Aufwand zum gewünschten Inhalt in englischer oder deutscher Sprache gelangen. Der neue Internetauftritt von GPF ist somit als One-Stop-Lösung konzipiert, sodass man über die Landing-Page Zugang zu allen relevanten Informationen, Netzwerken und Medien sowie Kommunikationskanälen bekommt.

Dieser Arbeitsbereich wird federführend von **Tobias Gerhartsreiter** betreut.

Besucher*innenzahlen der Webpräsenzen (1.1. bis 31.12.2021)

www.globalpolicy.org	474.981
www.2030agenda.de	97.244
www.2030spotlight.org	40.714
www.globalpolicywatch.org	46.245



Landing-Page der neuen GPF-Website

IV. Finanzbericht 2021

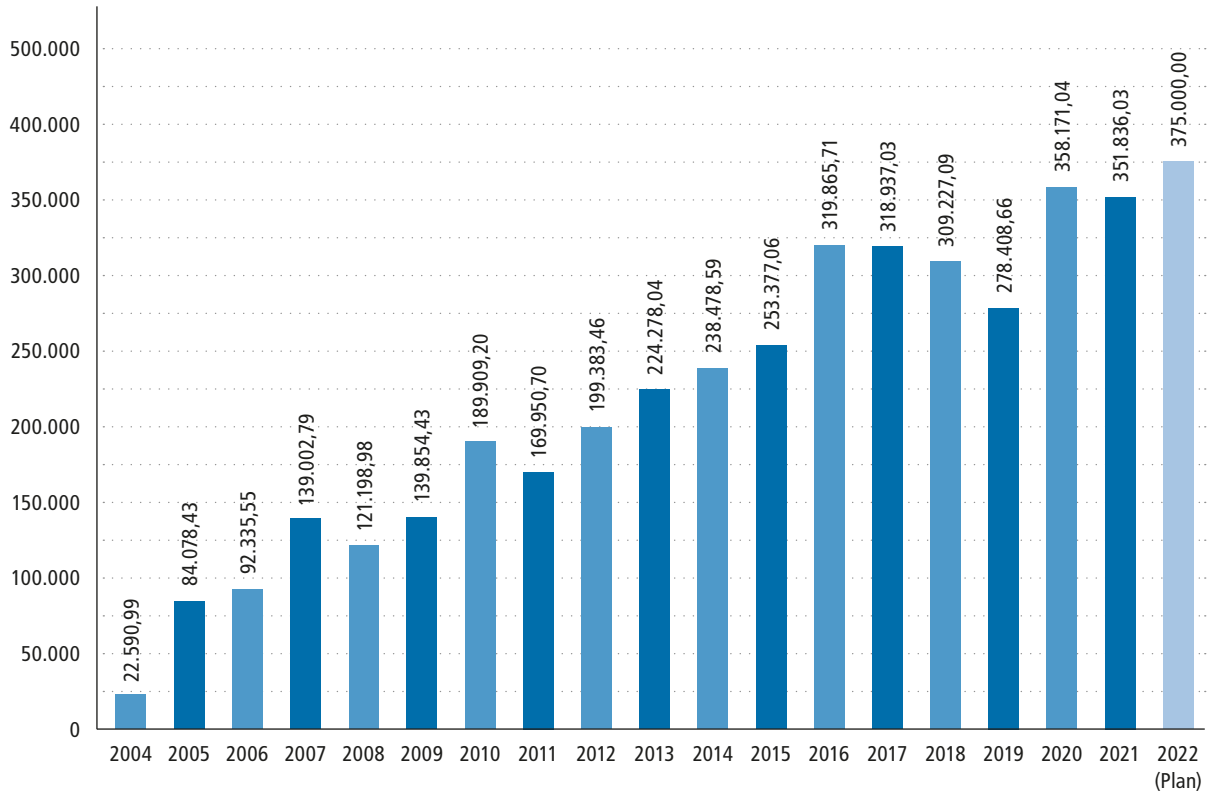
Die finanzielle Entwicklung von GPF Europe verlief auch im Jahr 2021 erfreulich. Das Jahr konnte mit einem Überschuss in Höhe von 27.662,64 Euro und einer ausgeglichenen Bilanz abgeschlossen werden (s. [Tabelle](#)). Der Umsatz lag mit 351.826,03 Euro etwa auf dem Niveau des Vorjahres (358.171,04 Euro) (s. [Grafik](#)). Größte Ausgabenposten waren die Personalkosten, die Büromiete sowie die Kosten für Veröffentlichungen. Reise- und Veranstaltungskosten fielen dagegen infolge der Corona-Pandemie in wesentlich geringerem Umfang an als in den Jahren vor 2020.

Wichtigste zivilgesellschaftliche Partner waren im Jahr 2021 MISEREOR und Brot für die Welt. Mit ihnen bestehen jeweils mehrjährige Kooperationsvereinbarungen. Weitere wichtige Geldgeber waren die Engagement Global gGmbH, die Stiftung Umwelt und Entwicklung Nordrhein-Westfalen und die Friedrich-Ebert-Stiftung. Sie unterstützen unsere Projekte, die sich mit Schlüsselthemen der Agenda 2030 befassen. Neu hinzugekommen ist eine Projektförderung durch die Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit (GIZ) für unsere Arbeit im Bereich der Finanzierung nachhaltiger Entwicklung. Weiterhin erhielt GPF Europe auch 2021 Mittel der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Sie unterstützt unser Projekt zu verbindlichen globalen Unternehmensregeln (Treaty-Prozess).

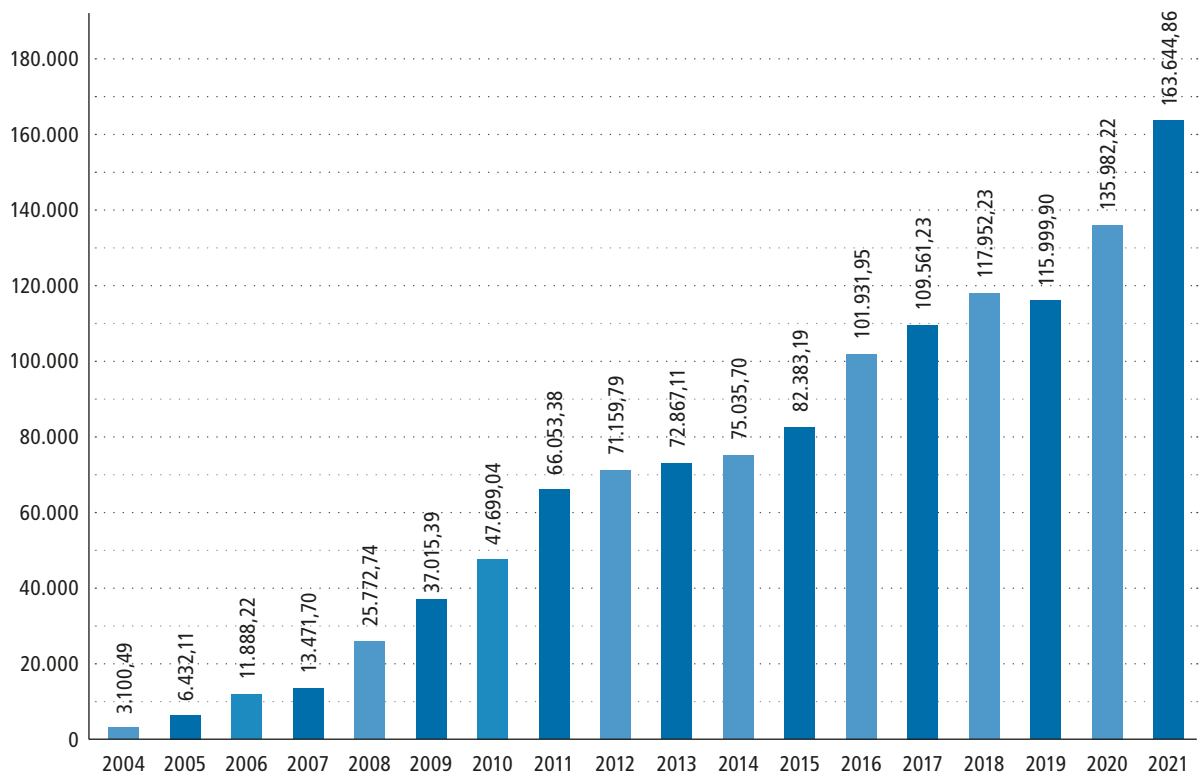
Eine wesentliche Herausforderung besteht nach wie vor darin, die Finanzierung von GPF Europe durch längerfristige Kooperationsvorhaben und Projektzuschüsse sicherzustellen, um die Arbeit auf eine dauerhaft stabile Finanzgrundlage zu stellen. Da eine Reihe mehrjähriger Projekte und Kooperationsvorhaben Ende 2021 oder im ersten Halbjahr 2022 endeten, war es im 2. Halbjahr 2021 prioritär, neue Fördermittel zu beantragen und die Erneuerung bestehender Kooperationsvorhaben vorzubereiten.

Da die Mittelbewilligung sowie die Auszahlung der Fördergelder häufig mit erheblicher Verzögerung erfolgt, ist der Ausbau der satzungsmäßigen Rücklagen dringend erforderlich. Sie konnten 2021 auf 163.644,86 Euro erhöht werden (s. [Grafik](#)). Mit Hilfe der Rücklagen können bei Bedarf Liquiditätsengpässe überbrückt und notfalls der kurzfristige Wegfall von Zuschüssen ausgeglichen werden.

Umsatz GPF Europe 2004 bis 2022 in Euro



Rücklagen GPF Europe 2004 bis 2021 in Euro



Jahresabschluss zum 31. Dezember 2021

alle Beträge in Euro

Bilanz	2021	2020
Aktiva		
A. Anlagevermögen	630,00	773,00
B. Umlaufvermögen	169.333,61	150.308,40
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	55,80	
2. Sonstige Vermögensgegenstände	1.000,00	
3. Kassenbestand und Bankguthaben	168.277,81	
C. Rechnungsabgrenzungsposten	1.030,00	0,00
Summe	170.993,61	151.081,40
Passiva		
A. Eigenkapital	163.644,86	135.982,22
1. Gewinnrücklagen (satzungsmäßige Rücklagen)	163.611,86	
2. Bilanzgewinn	0,00	
B. Rückstellungen	6.944,16	3.500,00
C. Verbindlichkeiten	404,59	11.599,18
1. Erhaltene Anzahlungen	0,00	
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	0,00	
3. Sonstige Verbindlichkeiten	404,59	
D. Rechnungsabgrenzungsposten	0,00	0,00
Summe	170.993,61	151.081,40

Gewinn- und Verlustrechnung	2021	2020
1. Umsatzerlöse	351.836,03	358.171,04
a. Engagement Global gGmbH	62.671,64	122.259,24
b. Friedrich-Ebert-Stiftung	44.000,00	44.000,00
c. Brot für die Welt	52.274,00	47.726,00
d. MISEREOR	45.034,00	47.726,00
e. Rosa-Luxemburg-Stiftung	46.279,49	41.566,25
f. Instituto del Tercer Mundo	0,00	28.980,00
g. Stiftung Umwelt und Entwicklung NRW	21.830,00	25.830,00
h. GIZ	76.417,00	0,00
j. Publikuserlöse	3.754,06	28,55
k. Mitgliedsbeiträge	3.020,00	3.050,00
l. Spendeneinnahmen	0,00	5,00
m. Rückstellung für evtl. Zuschussrückzahlung	-3.444,16	-3.000,00
2. Honorare an Dritte	6.049,50	5.670,38
3. Personalaufwand	279.592,68	283.864,66
4. Abschreibungen (inkl. Forderungsverluste)	2.555,93	657,37
5. Sonstige betriebliche Aufwendungen	39.543,31	48.494,52
a. Raumkosten	11.361,15	
b. Versicherungen, Beiträge und Abgaben	811,50	
c. Buchführungskosten	5.822,84	
d. Werbe- und Reisekosten (inkl. Tagungen)	4.707,61	
e. Verschiedene betriebliche Kosten (inkl. Publikationen)	16.840,21	
6. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,00	3,71
7. Zinsen und sonstige Erträge (inkl. Erträge a. d. Währungsumrechnung)	0,00	0,12
8. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0,00	0,04
9. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	27.662,64	19.982,32
10. Jahresüberschuss (Jahresfehlbetrag)	27.662,64	19.982,32
11. Einstellungen in die satzungsmäßigen Rücklagen	27.662,64	19.982,32
12. Bilanzgewinn	0,00	0,00

V. Daten und Fakten

1. Vorstand und Mitarbeiter*innen 2021

GPF Europe wird getragen von einem kleinen Kreis engagierter Mitglieder (Ende 2021: 50) und einem fünfköpfigen Vorstand. Den Kern von GPF Europe bildet sein Bonner Büro mit seinem Geschäftsführer Jens Martens, den Programmleiter*innen Bodo Ellmers, Tobias Gerhartsreiter und Karolin Seitz, sowie einer Reihe freier Mitarbeiter*innen, Praktikant*innen und Berater*innen.

Vorstand GPF Europe



Dr. Tanja Brühl
Vorstandsvorsitzende
Professorin, Präsidentin der Technischen Universität Darmstadt



Dr. Michèle Roth
Schatzmeisterin
Geschäftsführerin der Stiftung Entwicklung und Frieden, Bonn



Dr. Silke Weinlich
Vorstandsmitglied
wissenschaftliche Mitarbeiterin am Deutschen Institut für Entwicklungspolitik (DIE), Bonn



Verena Winkler
Vorstandsmitglied
Programmdirektorin der FREDA Akademie, Wien



Jens Martens
Geschäftsführender Vorstand

Mitarbeiter*innen GPF Europe



Bodo Ellmers
Programmleiter
(Berlin/Brüssel)



Karolin Seitz
Programmleiterin
(Köln/Bonn)



Tobias Gerhartsreiter
Programmleiter
(Bonn)

Vorstand GPF New York



Barbara Adams
Vorstandsvorsitzende



Marina Lent
Stellvertretende Vorstandsvorsitzende



Marina Durano
Schatzmeisterin



Jens Martens
Secretary

Mitarbeiterin GPF New York



Elena Marmo
Programme Officer
(New York)

Praktikant*innen GPF Europe

Jakob Scherer, Lea Kammler, Charlotte Schovenberg, Timo Dziggel

Berater

David Weaver Policy Advisor (New York)

Dr. Henning Melber Policy Advisor (Uppsala)

Dr. Klaus Hüfner
Senior Resarch Fellow on UN Finance (Berlin)

2. Veröffentlichungen

Adams, Barbara/Bissio, Roberto (2021):

Where the rubber meets the road – CSO perspectives on UNDS reform. New York: Global Policy Watch.

<https://www.globalpolicy.org/sites/default/files/2020-Report-Where-the-rubber-meets-the-road.pdf>

Dziggel, Timo (2021):

Die Pandemie der Ungleichheit. Verteilungseffekte der COVID-19-Krise. Briefing Dezember 2021. Bonn.

<https://www.globalpolicy.org/de/publication/die-pandemie-der-ungleichheit>

Ellmers, Bodo (2021):

Breiter Konsens, schmales Ergebnis. Das UN Forum zur Entwicklungsfinanzierung 2021. Briefing April 2021. Bonn.

https://www.globalpolicy.org/sites/default/files/download/Briefing_0421_UN_Forum_Entwicklungsfinanzierung_final.pdf

englische Fassung:

https://www.globalpolicy.org/sites/default/files/download/Briefing_0421_UN_Forum_Financing_for_Development.pdf

arabische Fassung:

https://www.globalpolicy.org/sites/default/files/download/AR_-_Briefing_0421_UN_Forum_Financing_for_Development_Ar.pdf

Ellmers, Bodo (2021):

IWF-Sonderziehungsrechte. Mit historischer Finanzspritze aus der Coronakrise? Briefing September 2021. Bonn.

https://www.globalpolicy.org/sites/default/files/download/Briefing_0921_IWF-Sonderziehungsrechte.pdf

englische Fassung:

https://www.globalpolicy.org/sites/default/files/download/Briefing_1021_IMF_Special_Drawing%20Rights%20.pdf

Ellmers, Bodo (2021):

The new debt crisis and what to do about it. Policy proposals and political opportunities. Briefing June 2021. Bonn.

https://www.globalpolicy.org/sites/default/files/download/Briefing_0621_Debt_Crisis.pdf

Global Policy Forum et al. (Hrsg.) (2021):

Spotlight on Sustainable Development 2021. Demanding justice beyond rhetoric. Time to overcome contradictions and hypocrisy in the COVID-19 crisis. Global Civil Society Report on the 2030 Agenda and the SDGs.

<https://www.2030spotlight.org/>

Global Policy Forum Europe (Hrsg.) (2021):

Baustellen des Multilateralismus. Mit Beiträgen von Gabriele Köhler, Marianne Beisheim und Felicitas Fritzsche, Bodo Ellmers und Tove Maria Ryding, Jens Martens und Silke Weinlich. Bonn.

https://www.globalpolicy.org/sites/default/files/Baustellen_des_Multilateralismus_Online.pdf

Martens, Jens (2022):

Globale Impfgerechtigkeit. Schlüssel zur Überwindung der COVID-19-Pandemie. Bonn.

https://www.globalpolicy.org/sites/default/files/GPF_Globale_Impfgerechtigkeit.pdf

Martens, Jens (2021):

COVID-19 Recovery Requires Justice Beyond Rhetoric. In: IPS, 16. September 2021.

<https://www.ipsnews.net/2021/09/covid-19-recovery-requires-justice-beyond-rhetoric/>

Martens, Jens (2021):

Die 2020-Ziele der Agenda 2030. Bilanz und Perspektiven. Briefing Oktober 2021. Bonn.

<https://www.globalpolicy.org/de/publication/die-2020-ziele-der-agenda-2030>

Martens, Jens (2021):

SDG-Bilanz in Zeiten von Corona. Das Hochrangige Politische Forum der Vereinten Nationen 2021. Briefing August 2021. Bonn.
<https://www.globalpolicy.org/de/publication/sdg-bilanz-zeiten-von-corona>

Martens, Jens/Dziggel, Timo/Gerhartsreiter, Tobias/Seitz, Karolin (2021):

Welchen Fortschritt wagen? SDGs und Agenda 2030 im Koalitionsvertrag 2021–2025. Briefing Dezember 2021. Bonn.
<https://www.globalpolicy.org/de/publication/welchen-fortschritt-wagen>

Seitz, Karolin (2021):

Auf Stand-by. Bericht über die sechste Tagung der UN-Arbeitsgruppe für ein verbindliches Abkommen zu Wirtschaft und Menschenrechten („Treaty“). Berlin/Bonn: Global Policy Forum/Rosa-Luxemburg-Stiftung.
https://www.globalpolicy.org/sites/default/files/Briefing_Auf_Stand-by_6.Tagung_UN-Treaty.pdf
 engl. Fassung:
https://www.globalpolicy.org/sites/default/files/Briefing_On_Standby_6th_Session_UN-Treaty.pdf

Seitz, Karolin (2021):

Wege aus der globalen Gesundheitskrise. Mit dem One Health Ansatz für gesunde Menschen, gesunde Tiere und eine gesunde Umwelt weltweit. Aachen/Berlin/Bonn: MISEREOR/Brot für die Welt/Global Policy Forum.
https://www.globalpolicy.org/sites/default/files/download/Briefing_0521_One_Health.pdf
 engl. Fassung:
https://www.globalpolicy.org/sites/default/files/download/Briefing_0821_One_Health_en.pdf

Seitz, Karolin et al. (2021):

Vier Jahre Nationaler Aktionsplan Wirtschaft und Menschenrechte (NAP). Schattenbericht der Zivilgesellschaft. Berlin: CorA-Netzwerk/Forum Menschenrechte/VENRO.
https://www.cora-netz.de/wp-content/uploads/2021/08/2021-08_NAP-Schattenbericht_CorA-FMR-VENRO.pdf

Seitz, Karolin/Paasch, Armin (2021):

Lieferkettengesetz: Aufstand der Lobbyisten. Aachen/Bonn: Misereor/Global Policy Forum.
https://www.globalpolicy.org/sites/default/files/download/Briefing_Lieferkettengesetz_Aufstand%20der%20Lobbyisten_0421_0.pdf

Seitz, Karolin/Köhler, Gabriele (2021):

Menschenrechte, Umwelt- und Klimaschutz durch Unternehmen – in einem Abkommen. Berlin: DGVN.
<https://menschenrechte-durchsetzen.dgvn.de/meldung/menschenrechte-umwelt-und-klimaschutz-durch-unternehmen-in-einem-abkommen/>

Seitz, Karolin/Obregon, Sylvia (2021):

Corporate accountability: What's gender got to do with it? Bonn/Brüssel: ECCJ/GPF.
<https://corporatejustice.org/news/corporate-accountability-whats-gender-got-to-do-with-it/>

Treaty Alliance Deutschland (Hrsg.) (2021):

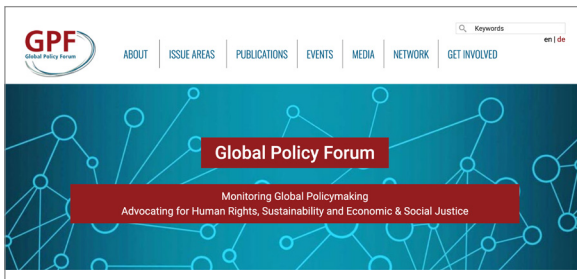
Vom Lieferkettengesetz zu einem internationalen Level Playing Field. Stellungnahme der Treaty Alliance Deutschland zum dritten überarbeiteten Entwurf für ein verbindliches UN-Abkommen zu Wirtschaft und Menschenrechten („Third Revised Draft“).
https://www.globalpolicy.org/sites/default/files/download/TreatyAllianceD_Stellungnahme_3rdRevisedDraft_2021_Oktober.pdf
 engl. Fassung:
https://www.globalpolicy.org/sites/default/files/download/TreatyAllianceGermany_Statement_3rdRevisedDraft_2021.pdf

3. Chronologie der GPF-Aktivitäten

Was	Wann
Online-Vortrag von Bodo Ellmers zum Thema „Schulden- und Geberstruktur in peripheren Ländern und Folgen für die Bewältigung der Schuldenkrise“ an der Universität Kassel	2. 2. 2021
Online-Vortrag von Bodo Ellmers zum Thema „UN Tax Body“	16. 2. 2021
Virtuelle Podiumsdiskussion zum FACTI-Abschlussbericht	1. 3. 2021
Vortrag von Karolin Seitz bei der Veranstaltung „Brot und Rosen – für Alle*! Geschlechtergerechtigkeit in globalen Lieferketten“ des Entwicklungspolitischen Netzwerks Hessen in Frankfurt am Main/online	8. 3. 2021
Online-Fachgespräch „Geschlechtergerechtigkeit in globalen Lieferketten – Notwendige politische Schritte in Deutschland und international“	15. 3. 2021
Online-Diskussionsrunde (Webex) – „Baustellen des Multilateralismus“	16. 3. 2021
Online-Vortrag von Karolin Seitz beim Seminar „Women’s Rights in Mining & the potential of Gender-responsive Due Diligence Regulation“ des Inkota-Netzwerks	23. 3. 2021
Online-Vortrag von Bodo Ellmers zum Thema „Civil society expectations for the UNCTAD XV Conference in Bridgetown“	7. 4. 2021
Online-Vortrag von Bodo Ellmers zum Thema „Resolving sovereign debt crises in developing countries after COVID“ an der Universität Trondheim	22. 4. 2021
Online-Statement von Jens Martens zum Thema „Soziale Menschenrechte“ im Rahmen einer Veranstaltung der Rosa-Luxemburg-Stiftung Genf	16. 4. 2021
Online-Vortrag von Jens Martens zum Thema „Agenda 2030: Überblick und Zwischenbilanz“ beim Deutschen Volkshochschulverband	21. 4. 2021
Online-Strategieworkshop zum UN-Treaty gemeinsam mit Gewerkschaften	28. 4. 2021
Online-Vortrag von Bodo Ellmers zum Thema „Finanzierung nach der Corona-Krise. Vorschläge für Reformen der globalen Finanzarchitektur“ bei VENRO.	29. 4. 2021
Online-Vortrag von Bodo Ellmers zum Thema „Advocacy priorities for CSOs in the new context“ bei CIDSE	6. 5. 2021
Online-Vortrag von Bodo Ellmers zum Thema „International Support Measures for LDCs“ im Rahmen der UN-Konsultationen zum LDC V	20. 5. 2021
Online-Statement von Bodo Ellmers zum Thema „Global Economic Governance“ beim UN ECOSOC Operational Segment	20. 5. 2021
Online-Vortrag von Bodo Ellmers zum Thema „Debt Workout Mechanism“ bei Eurodad	2. 6. 2021
Online-Vortrag von Jens Martens zum Thema „Agenda 2030 – Zwischenbilanz“ bei Engagement Global	9. 6. 2021
Online-Vortrag von Jens Martens zum Thema „Auswirkungen von COVID-19 auf die Ziele für nachhaltige Entwicklung“ bei der Entwicklungspolitischen Konferenz der Kirchen und Werke	22. 6. 2021
Keynote Speech von Jens Martens beim Städteforum Kiel 2021: „The contribution of cities and municipalities to achieving the SDGs“	22. 6. 2021
Moderation von Karolin Seitz der G2H2/DPPG-Public Lecture zum Pandemic Treaty, online	24. 6. 2021
Online-Vortrag von Bodo Ellmers zum Thema „Schuldenkrisen und Lösungsmöglichkeiten“ bei der GIZ Summer School Good Financial Governance	28. 6. 2021
Vortrag von Jens Martens zum Thema „Die Charta Faire Metropole Ruhr als Wegweiser für die SDGs“ bei der Faire Metropole Ruhr in Hagen	24. 8. 2021

Was	Wann
Online-Vortrag von Bodo Ellmers zum Thema „Debt Management and Sustainable Financing“ bei USAID	25. 8. 2021
Online-Roundtable-Diskussion: „Globale Nachhaltigkeitspolitik in Zeiten von Corona“	3. 9. 2021
Mitgliederversammlung von GPF Europe (online)	3. 9. 2021
Vortrag von Jens Martens zum Thema „Die Rolle von Partnerschaften bei der Verwirklichung der globalen Nachhaltigkeitsziele“ beim Eine Welt Landesnetzwerk Mecklenburg-Vorpommern in Schwerin	9. 9. 2021
Launch des „Spotlight Report on Sustainable Development 2021“	17. 9. 2021
Präsentation des „Spotlight Report on Sustainable Development 2021“ durch Jens Martens bei der People’s Assembly von GCAP u.a.	21. 9. 2021
Präsentation von Jens Martens zum Thema „Das Global Policy Forum und die SDGs“ bei Südwind.	23. 9. 2021
Online-Vortrag von Jens Martens zum Thema „Die Agenda 2030, eine Zwischenbilanz und Spurensuche nach dem (vergessenen) SDG zu ländlichen Räumen“ bei Engagement Global/EPIZ	27. 9. 2021
Vortrag von Jens Martens zum Thema „Entwicklung der Rolle und Bedeutung der Kommunen im Nachhaltigkeits- und Klimadiskurs“ bei Engagement Global/SKEW in Bonn	5. 10. 2021
Roundtable Discussion „Leveling the playing field with a UN Treaty – The urgency for high international standards on Business and Human Rights“ am Rande der 7. Tagung der UN-Arbeitsgruppe in Genf	27. 10. 2021
Online Side Event zur 7. Verhandlungsrunde „Wie können Selbstregulierungsansätze der Unternehmen und ein bindender UN-Treaty zu Wirtschaft und Menschenrechte gemeinsam zu einer gerechteren Weltwirtschaft führen?“	28. 10. 2021
Online-Vortrag von Jens Martens zum Thema „Global Civil Society Reflection Group on the 2030 Agenda“ beim Alumni Netzwerk der Universität Würzburg	28. 10. 2021
Video-Vortrag von Jens Martens zum Thema „Die SDGs in Zeiten von Corona – eine Zwischenbilanz“ bei der ENSA-Abschlusskonferenz	5. 11. 2021
Online-Vortrag von Jens Martens beim „Social Talk 2021: Machbar und Notwendig: Globale Ansätze für Nachhaltigkeit auf die Sozialwirtschaft runterbrechen“ bei der Evangelischen Hochschule Darmstadt	9. 11. 2021
Online-Vortrag von Jens Martens zum Thema „Der integrative Ansatz der Agenda 2030“ beim HNE-Netzwerk Baden-Württemberg	12. 11. 2021
Vortrag von Jens Martens zum Thema „Die SDGs in Zeiten von Corona – eine Zwischenbilanz“ bei der ENSA-Abschlusskonferenz Region West in Bad Breisig	19. 11. 2021
Online-Vortrag von Jens Martens zum Thema „Die Agenda 2030 mit ihren 17 globalen Nachhaltigkeitszielen auf kommunaler Ebene umsetzen“ für Kommunalpolitiker aus Niedersachsen	24. 11. 2021
Online-Vortrag von Jens Martens zum Thema „Die SDGs in Zeiten von Corona – eine Zwischenbilanz“ bei der ENSA-Abschlusskonferenz	26. 11. 2021
Online-Vortrag von Bodo Ellmers zum Thema „Auswirkungen der Coronakrise auf die SDGs“ beim Bremer Entwicklungspolitischen Netzwerk	1. 12. 2021
Online-Vortrag von Jens Martens beim 3. Netzwerktreffen der sächsischen Projektkommunen 2021: „Stand der Umsetzung der Agenda 2030 international und in Deutschland“	7. 12. 2021
Online-Vortrag von Bodo Ellmers zum Thema „Too big to fail and development finance. Advocacy options“ bei der FES	9. 12. 2021

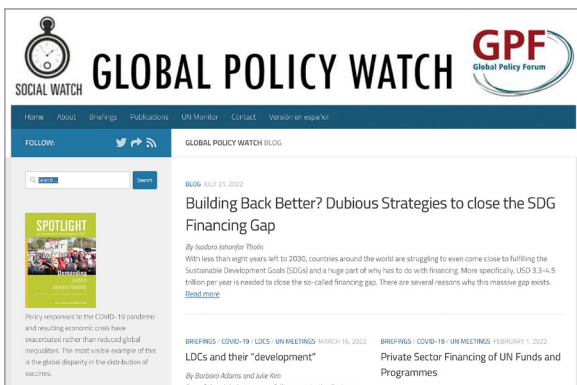
4. GPF im Internet



www.globalpolicy.org



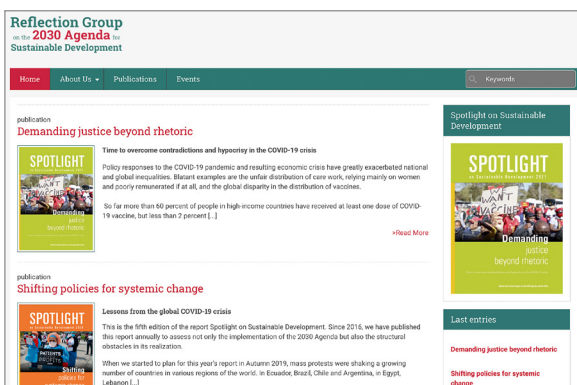
www.2030agenda.de



www.globalpolicywatch.org



www.2030spotlight.org



www.reflectiongroup.org

